

Markt intern Verlag GmbH
Chefredakteur
Herrn Carsten Schmitt
Grafenberger Allee 30

40237 Düsseldorf

Betrifft: **Mittelstandsprüfsteine zur Landtagswahl 2006**

Sehr geehrter Herr Schmitt,

beiliegend übergebe ich Ihnen die Antworten auf Ihre Fragen zur Landtagswahl. Sie wurden vom zuständigen Facharbeitskreis der Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Vorstand erarbeitet.

Ich darf mich bei Ihnen für das Interesse an den politischen Positionen meiner Partei bedanken und verbleibe mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen

Matthias Höhn
Vorsitzender

Magdeburg, 19. Januar 2006

Anlage

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine von markt intern

I. Kreditversorgung des Mittelstandes:

- 1.1. Die von Ihnen dargestellte Entwicklung ist nicht neu. Ohne Zweifel stellt sie eine immer größer werdende Belastung für eine erfolgreiche Entwicklung mittelständischer Unternehmen dar. Nach Meinung der Linkspartei.PDS ist auch der Staat gefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten entsprechende Unterstützung zu leisten. Bei aller Kritik hat auch die jetzige Bundesregierung entsprechende Schritte eingeleitet, v.a. über die KfW Mittelstandsbank. Vorhandene Programme sind dabei auszubauen. Dies gilt beispielsweise für die teilweise Haftungsfreistellung bei fehlenden oder ungenügenden Sicherheiten, die jeweiligen Bürgschaftsprogramme, Konsolidierungs- und Liquiditätsfonds und die Mobilisierung von Beteiligungskapital. Für sinnvoll halten wir eigenständige Programme wie die Einrichtung von KMU-Fonds für Kleinst- und Kleinkredite, die beispielsweise von der Investitionsbank in Sachsen-Anhalt aufgelegt wurden.
- 1.2. Nach unserer Einschätzung ist ein Hauptproblem der mangelnden Bereitschaft deutscher Banken Kredite zu gewähren, die geringe Gewinnmarge bei der Vergabe von Krediten in einer Größenordnung, die für mittelständische Unternehmen in Frage kommen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind zwar immer noch die Hauptkreditgeber kleiner und mittlerer Unternehmen, allerdings mit abnehmender Tendenz. Die Linkspartei.PDS ist der Auffassung, dass der in der Geschichte begründete Mittelstandsauftrag diese Teile des Bankensektors revitalisiert werden muss. Die Kooperation mit den Banken in Sachsen-Anhalt ist auf jeden Fall zu verstärken. Die Bürokratie- und Kontrollbelastungen der Banken sind abzubauen, wobei teilweise neue Regelungen Ergebnis der Politik der EU-Kommission sind.
- 1.3. Diese Forderung wird von uns unterstützt. Auch auf unsere Forderungen hin, sind erste Schritte in Sachsen-Anhalt unter der Regie der Investitionsbank eingeleitet worden.

II. Steuerbelastung

- 2.1. Die Forderung nach vereinfachten Regelungen in der Steuergesetzgebung begrüßen wir. Die Linkspartei.PDS hat ein Steuerkonzept entwickelt, das zum einen die Entbürokratisierung des Steuerrechts zum Inhalt hat, zum anderen Klein- und mittelständische Unternehmen zu Ungunsten von Großunternehmen entlastet.
- 2.2. Im Rahmen des angesprochenen Steuerkonzepts spricht sich die Linkspartei.PDS für die Beibehaltung des gegenwärtigen Mehrwertsteuersatzes aus, weil aus ihrer Sicht eine Erhöhung kontraproduktiv für wirtschaftliches Wachstum wäre und vor allem Geringverdienende, Arbeitslose und Rentner belasten würde.

- 2.3. Ja, wir würden uns dafür einsetzen. In die Besteuerung nach dem ermäßigten Satz sollen arbeitsintensive Dienstleistungen einbezogen werden, insbesondere im Handwerk und beim Tourismus, sowie apothekenpflichtige Arzneimittel.

III. Sicherung des fairen Wettbewerbs im Handel

- 3.1. Grundsätzlich ist die Linkspartei.PDS der Auffassung, dass der mittelständische Fachhandel durch eine Palette verschiedener Maßnahmen in seiner Existenz geschützt werden muss. Wir sprechen uns für ein Verbot von Preisgegenüberstellungen aus, würden uns aber gegen die Wiedereinführung verbindlicher Preisempfehlungen wenden.
- 3.2. Die Linkspartei.PDS spricht sich gegen eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten aus, weil sie u.a. befürchtet, dass das zu einer weiteren Verdrängung des kleinteiligen Einzelhandels führt. So entfallen in den neuen Bundesländern und in Sachsen-Anhalt schon fast 60% der vorhandenen Verkaufsflächen auf den großflächigen Handel, in den alten Ländern sind es nur rd. 25%. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 9. Juni 2004 festgestellt, dass dem Bundesgesetzgeber eine grundlegende Neukonzeption des Ladenschlussgesetzes nicht mehr möglich sei, weil die Anforderungen des Artikels 72 Abs. 2 Grundgesetz nicht mehr gegeben seien. In der Konsequenz kann der Bundesgesetzgeber durch einfaches Gesetz die Regelungskompetenz auf die Bundesländer übertragen. Dies war u.a. Inhalt des Kompromisses der Föderalismuskommission. Sollte der Bundestag in der nächsten Legislaturperiode ein solches Gesetz verabschieden, wird die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt Regelungen zum Schutz der kleinen Einzelhändler/innen einfordern.
- 3.3. Da mit der Agenda-2010-Gesetzgebung schon einschränkende Regelungen in Bezug auf den Meisterbrief getroffen wurden, die die Linkspartei.PDS in Regierungsverantwortung übrigens abgelehnt hat, sind wir für die Beibehaltung der jetzigen Regelungen. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie lehnt die Linkspartei.PDS, auch in dem zur Zeit vorliegendem Entwurf, ab. Die Linkspartei.PDS wird sich sowohl parlamentarisch, wie auch außerparlamentarisch, gegen die Umsetzung der Richtlinie einsetzen.
- 3.4. Die positive Antwort ergibt sich aus 3.3.. Wir werden darüber hinaus das unsere dazu beitragen, dass sich gegen die Verabschiedung der Richtlinie ein breites Bündnis aus Mittelstand, Arbeitnehmervertretungen, Verbraucherorganisationen und politischen Parteien bildet.
- 3.5. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Unternehmer/innen einheitliche Ansprechpartner für alle Genehmigungen bekommen. Ein solches Verfahren ist in Sachsen-Anhalt mit der Gründung und dem Ausbau der Investitionsbank eingeleitet worden, aber unbedingt weiter auszubauen.

IV. Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Innenstadt

- 4.1. Sie sprechen mit Ihrer Frage ein Problem an, dass sich aus der Konkurrenzsituation der jeweiligen Gemeinden, u.a. bedingt durch die jeweiligen Gewerbesteuerereinnahmen, ergibt und schwer zu steuern ist. Auf der einen Seite kommt es darauf an, innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen zu stärken und den Erlebnischarakter des Einkaufens in den Innenstädten aufzuwerten. Als eine Möglichkeit würde sich das angelsächsische Beispiel der „Business Improvement districts“ (BID) anbieten, das gegenwärtig in Hamburg umgesetzt wird. Das BID ist allerdings nach unserer Einschätzung zu sehr bürokratisches Zwangsinstrument und müsste stärker dem Prinzip der Freiwilligkeit unterliegen. Zur Finanzierung eines professionellen Geschäftsstraßenmanagements sollten Fördermittel eingesetzt werden und Aktivitäten auch bundesseitig stärker unterstützt werden. Ebenso sollten die vorhandenen Vorschriften des Baurechts restriktiver angewandt und gegebenenfalls auf der Bundes- bzw. Landesebene verschärft werden. Die Linkspartei.PDS hält es für erforderlich, rechtlich abschließend zu prüfen, inwieweit die Ansiedlung von Großprojekten auf der „grünen Wiese“ in die Planungshoheit der Nachbargemeinden eingreift und damit auch der Artikel 28 des Grundgesetzes tangiert ist, der die kommunale Selbstverwaltung festschreibt.
- 4.2. Auch hier sind wir für ein restriktiveres Vorgehen, als dies gegenwärtig der Fall ist, wobei die Möglichkeiten des Baurechts, über das u.a. die Art der bauliche Nutzung festgeschrieben wird, gerade bei Ansiedlungen des großflächigen Einzelhandels in Randgemeinden gegenwärtig nur eine sehr begrenzte Regulierung erlauben.
- 4.3. Ausgangspunkt ist vor allem die Schaffung einheitlicher bundesrechtlicher Regelungen. In Sachsen-Anhalt gilt der Landesentwicklungsplan bzw. die Pläne in den fünf regionalen Planungsregionen des Landes. Diese sind auch für die Gemeinden bindend.

V. Schaffung von Arbeitsplätzen

- 5.1. Die Linkspartei.PDS geht davon aus, dass sich die gegenwärtigen Arbeitsschutzgesetze im Grundsatz bewährt haben. Im Arbeitszeitgesetz halten wir eine Reduzierung der vorgeschriebenen Höchstarbeitszeit für notwendig. Für diskussionswürdig halten wir das dänische Modell, wonach bei einem reduzierten Kündigungsschutz der gekündigte Beschäftigte innerhalb einer kurzen Zeit einen Anspruch auf einen, gegebenenfalls staatlich alimentierten, existenzsichernden Arbeitsplatz hat.
- 5.2. Nein (s. 5.1.)
- 5.3. Die gegenwärtigen Regelungen sollten entbürokratisiert, aber nicht grundlegend geändert werden.

5.4. Ja. Die Linkspartei.PDS hat, wie oben angeführt, ein eigenes Steuerkonzept entwickelt, das zu Mehreinnahmen von rd. 60 Milliarden Euro führt. Ein Teil der Mehreinnahmen soll zu Entlastungen bei den sozialen Sicherungssystemen führen, was eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ermöglichen würde. Außerdem diskutieren wir die Möglichkeit, im Niedriglohnbereich Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter der Voraussetzung von den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten, dass der jeweilige Tariflohn gezahlt wird. Vorrangig geht es dabei um die Einstellung von Arbeitslosen, deren passive Leistungen in Zuschüsse für Beschäftigung umgewandelt werden sollen.

5.5. Wir sehen die von Ihnen angesprochenen Auswirkungen nicht.

VI. Zwangsmitgliedschaften

6.1. Nachdem das Bundesverfassungsgericht vor wenigen Jahren eine Klage gegen die Zwangsmitgliedschaft abschlägig beschieden hat, wird die Diskussion wieder stärker im politischen Raum geführt. Die ehemalige Bundestagsfraktion der PDS hat sich, wie auch andere Fraktionen des Bundestags, gegen die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft und für die Beibehaltung des Charakters der IHKs als Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgesprochen. Die damalige Fraktion ist dabei von den vielfältigen Aufgaben ausgegangen, die die Kammern wahrnehmen, z.B. in der beruflichen Bildung, den Gutachteraufgaben oder der Beratungstätigkeit. Allerdings war die damalige Fraktion der Auffassung, dass die Mitgliedsbeiträge in ihrer Höhe und in ihrer Zusammensetzung verändert werden sollten. Vorgeschlagen wurde, große Kapitalgesellschaften stärker zu belasten und beispielsweise Familienunternehmen, deren Gewerbeertrag gleich Familieneinkommen ist, zu entlasten. Angeregt wurde, ob das rechtlich fixierte ertragschwächste Drittel beitragsfreier Mitgliedsfirmen nicht auf der Ebene des jeweiligen IHK-Bezirks erreicht werden soll, sondern im Bundesdurchschnitt. Damit würden in „ärmeren“ Regionen mehr Firmen beitragsfrei bleiben. Die Fraktion Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag wird aber sicherlich den von Ihnen angesprochenen Gesetzesentwurf prüfen und sich möglicherweise für eine Öffnung der bestehenden Klauseln einsetzen.

6.2. Die von Ihnen angesprochenen Veränderungen könnten durchaus zu mehr Wettbewerb in den Berufsgenossenschaften und unter ihnen führen, den wir auch unterstützen. Ob sich, angesichts der komplizierten Lage vieler klein- und mittelständischen Unternehmen in Sachsen-Anhalt, dadurch bedeutende Effekte einstellen, ist aus unserer Sicht noch fraglich. Eine Entbürokratisierung bestehender Vorschriften halten wir aber für unbedingt erforderlich.

6.3 Wir werden die Landesregierung auffordern, sich im Bundesrat für eine schnellstmögliche Lösung der von Ihnen dargelegten Problematik einzusetzen.

Eingang
- 1. DEZ. 2005
3346

Kopie: P. Joseph
u. Reso

markt intern Verlag GmbH - Grafenberger Allee 30 - 40237 Düsseldorf

Linspartei.PDF Landesverband Sachsen-Anhalt
Herrn Matthias Höhn
Landesvorsitzender
Ebendorferstraße 3

39108 Magdeburg

markt intern
Verlag GmbH

Redaktion
Grafenberger Allee 30
40237 Düsseldorf
Telefon (0211) 66 98-0 129
Telefax (0211) 66 65 83
www.markt-intern.de

Geschäftsführer:
Hans Bayer • Dipl.-Ing. Günter Weber

Handelsregister:
HRB 11693 AG Düsseldorf

0211/6698-0
Fax: 0211/6665 83

Das vertrauliche aktuelle

30.11.2005 CS/ph
Tel.: 0211-6698-129 / Fax: 0211-6698-333
E-Mail: mittelstand@markt-intern.de

Mittelstandsprüfsteine zur Landtagswahl

Sehr geehrter Herr Höhn,

mit 37 redaktionell unabhängigen Wirtschaftsinformationsbriefen, deren Leser sich fast ausschließlich aus dem Kreis mittelständischer Unternehmer rekrutieren, ist 'markt intern' Europas größter Verlag seiner Art. Der von uns repräsentierte Informationsbrief 'Mittelstand' wird als Holding-Ausgabe u. a. den 22 branchenspezifischen 'markt intern'-Publikationen im Bereich Fachhandel und Fachhandwerk beigelegt und genießt einen Verbreitungsgrad großer deutscher Zeitungen, insbesondere innerhalb der Zielgruppe 'Entscheider in mittelständischen Unternehmen'.

Der deutsche Mittelstand beschäftigt 70% aller Arbeitnehmer, bildet 80% der Lehrlinge aus und stellt über seine Bedeutung als Motor der Wirtschaft hinaus auch ein großes Wählerpotential. Daher lotet 'markt intern' für seine mittelständischen Leser im Vorfeld von Bundestags-/Landtags-Wahlen das mittelstandspolitische Profil der Bewerber aus. So wollen wir es auch zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt halten. Anbei erhalten Sie dazu unsere Mittelstandsprüfsteine. Diese umfassen die Schwerpunktthemen, die in wöchentlich Hunderten von Telefonaten unserer Redaktion mit unseren Lesern diskutiert werden. Die ebenfalls mitgeteilten Umfrage-Ergebnisse bieten Ihnen daher eine wertvolle Orientierungshilfe über die Stimmungslage im Mittelstand.

Im Interesse einer Berichterstattung, die einerseits zeitnah zum Wahltermin liegt, andererseits noch Raum für die persönliche Meinungsbildung unserer Leser läßt, und angesichts dreier paralleler Landtagswahlen bitten wir um eine Antwort, bei uns eintreffend bis **Freitag, 20. Januar 2006**.

Viele Grüße aus Düsseldorf
'markt intern' Verlag GmbH
Redaktion Mittelstand

Carsten Schmitt

Ass. jur. Carsten Schmitt
- Chefredakteur -

Anlage

Prüfsteine für die Landtagswahl

Der deutsche Mittelstand beschäftigt 70% aller Arbeitnehmer, bildet 80% der Lehrlinge aus und stellt über seine Bedeutung als Motor der Wirtschaft hinaus auch ein großes Wählerpotential. Daher lotet 'markt intern' für seine mittelständischen Leser im Vorfeld von Bundestags-/Landtags-Wahlen das mittelstandspolitische Profil der Bewerber aus. So wollen wir es auch zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt halten. Dazu erhalten Sie hiermit unsere Mittelstandsprüfsteine. Diese umfassen die Schwerpunktthemen, die in wöchentlich Hunderten von Telefonaten unserer Redaktion mit unseren Lesern diskutiert werden. Die ebenfalls mitgeteilten Umfrage-Ergebnisse bieten Ihnen daher eine wertvolle Orientierungshilfe über die Stimmungslage im Mittelstand. Die Themen im einzelnen sind:

1. **Kreditversorgung des Mittelstands**
2. **Steuerbelastung**
3. **Sicherung des fairen Wettbewerbs**
4. **Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Innenstadt**
5. **Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Mittelstand**
6. **Zwangsmitgliedschaften**

1. Kreditversorgung des Mittelstandes

Die Rekord-Pleitenzahl im Jahre 2003 und die nur geringe Veränderung 2004, Basel II und der Rückzug der Banken sind unübersehbare Alarmsignale für die Probleme bei der Kreditversorgung des Mittelstandes. So betont die Bundesbank bereits in ihrem Monatsbericht August 2003, daß die Umfrage der Bank Lending Survey von Juli 2003 hindeutet auf „eine weitere leichte Verschärfung der Kreditrichtlinien der befragten Institute. Kleine und mittlere Unternehmen waren tendenziell etwas stärker von den Verschärfungen betroffen.“ Zwar fast der aktuelle Monatsbericht der Bundesbank von November 2005 die neueste Survey von Oktober zusammen mit: „Die Ausleihungen deutscher Banken an inländische Nichtbanken sind im dritten Quartal nach längerer Stagnation erstmals wieder erkennbar gestiegen“, ein Zeichen für eine nachhaltige Kehrtwende ist das aber noch nicht. Entsprechend sind 98,7% der von 'markt intern' befragten Mittelständler der Ansicht, daß die Kreditversorgung des Mittelstandes verbessert werden muß. Ein Grund für die Banken, sich aus dem stark individuell geprägten Geschäft mit dem Mittelstand zurückzuziehen, sind ständig steigende Bürokratie- und Kontrollbelastungen gerade bei diesen 'individuellen' Kundenbeziehungen.

- 1.1. **Wie werden Sie der oben dargestellten negativen Entwicklung entgegenwirken?**
- 1.2. **In welchen Bereichen schweben Ihnen Reformen der entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Eigenkapitalhinterlegung, Bürokratiebelastung etc.) vor, die es für die Banken interessanter machen, die Kreditversorgung des Mittelstandes zu sichern?**

Ähnlich schwer kommen mittelständische Unternehmen auch an staatliche Mittel. Während ein Konzern wie z.B. BMW trotz eines Rekordergebnisses 418,6 Mio € Subventionen bei einer 1,2 Mrd Euro-Investition für das Leipziger Werk beantragt, kennen Mittelständler Fördermittel meist nur vom Hörensagen. Die Banken verteilen die Fördergelder ungern, da sie selbst auf die Zinsen verzichten müßten. Die Unternehmer kommen jedoch ohne Hilfe nicht durch den Förderdschungel und benötigen zudem nach dem Hausbank-Prinzip das Plazet einer Geschäftsbank. 96,2% der Befragten fordern denn auch eine vereinfachte Struktur für Fördermittel. Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang das Bayerische Projekt 'Eigenkapital für den breiten Mittelstand', bei dem die Abwicklung unmittelbar mit den staatlichen Förderbanken erfolgt ohne Beteiligung der Hausbank.

- 1.3. **Unterstützen Sie die Forderung nach mehr Transparenz im Förderdschungel sowie die nach einer direkten Vergabe von Fördermitteln durch die Förderinstitute?**

2. Steuerbelastung

Der komplizierte (Steuer-)Gesetzesdschungel kostet kleine und mittlere Unternehmen Millionen. Konzerne leisten sich Steuerabteilungen, die jeden möglichen Cent herausholen oder ins Ausland schieben, während der 'brave' Mittelständler und sein Steuerberater hinter den Gesetzesänderungen herhecheln und nicht wissen, ob die gewählte Bewertungs- oder Abschreibungsmethode in der nächsten Periode noch Bestand hat oder zum Bumerang wird. Viel bedrohlicher ist jedoch, daß Mittelständler wegen möglicher Steuerhinterziehung ständig mit einem Bein im Gefängnis stehen, wenn sie die steuerlichen Vorschriften nicht im Sinne der Gesetzesbuchstaben erfüllen. Die Unsicherheit im Hinblick auf die Erfüllung der steuerrechtlichen Vorgaben lähmt die unternehmerische Initiative. Daher ist eine verständliche und verlässliche Steuergesetzgebung gerade für den Mittelstand zwingend notwendig. So verlangen 98,3% der mittelständischen Unternehmer in einer 'mi'-Umfrage eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung.

2.1. Werden Sie sich dafür stark machen, daß statt komplizierter Einzelfallregelungen einfache Pauschalregelungen in Kraft treten wie inzwischen geschehen bei Mini-Jobs?

Angesichts der ohnehin lahmenden Binnennachfrage ist die im Koalitionsvertrag der (Bundes-)Regierungsparteien CDU, CSU und SPD für das Jahr 2007 abgemachte Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % zusätzliches Gift für die Konjunktur. Da die Erhöhung sogar noch um 1 % höher ausfällt, als von der CDU im Wahlkampf angekündigt, bleibt Platz, im Gegenzug positive Impulse an besonders gebeutelte Wirtschaftsbereiche durch eine partielle Senkung der Mehrwertsteuer zu geben. Frankreich setzte die EU-Richtlinie 1999/85/EG, die den Mitgliedstaaten eine Absenkung des Mehrwertsteuer-Satzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen ermöglicht, dergestalt um, daß auf baunahe Handwerksleistungen nur 5,5% TVA statt der regulären 19,6% zu zahlen sind. Die ausgelösten Umsatzsteigerungen betragen in der ursprünglichen Laufzeit der Regelung von drei Jahren 1,4 Mrd Euro. Rund ein Drittel davon war auf eine Verschiebung der Dienstleistungen aus der Schwarzarbeit in den legalen Bereich zurückzuführen. Von 105.000 neuen Arbeitsplätzen gelten 43.000 als direkte Folge der Mehrwertsteuer-Senkung.

Ein anderer Ansatz ist, Ausgaben für Handwerksleistungen als haushaltsnahe Tätigkeiten von der Steuerlast absetzen zu können.

2.2. Werden Sie sich für eine Senkung des Mehrwertsteuer-Satzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen stark machen sowie für eine Ausweitung der von dieser Maßnahme profitierenden Waren und Dienstleistungen wie 'Kinderprodukte'?

2.3. Werden Sie für die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen als haushaltsnahe Tätigkeiten kämpfen??

3. Sicherung des fairen Wettbewerbs – im Handel

Der Konzentrationsprozeß hat für Handel und Verbraucher bedrohliche Ausmaße angenommen. So beherrschen fünf Handelsriesen bereits 82% des Lebensmittelmarktes. Der mittelständisch geprägte Fachhandelsanteil am gesamten Handelsumsatz ist von über 50% auf 30% zurückgegangen. Statt auf fairen Wettbewerb, setzen die Konzerne auf rücksichtsloses Ausnutzen ihrer Einkaufsmacht durch Konditionen-Erpressung gegenüber ihren Lieferanten, gehirnwaschende Werbekampagnen und immer schamlosere Verstöße gegen die auf ihr Betreiben hin durch Reformen bald nur noch entstellten Wettbewerbs- und Verbraucherschutzgesetze. Es ist keineswegs so, daß dort der intensivste Wettbewerb herrscht, wo die wenigsten Regeln existieren. Dort herrscht nur der 'Größte'. Den größtmöglichen Wettbewerb gibt es aber dort, wo viele Anbieter und Nachfrager mit weitgehender Transparenz aufeinandertreffen. Je mehr mit Preisnachlässen in schwindelnder Höhe geworben wird, desto größer ist die Verunsicherung, ob der gezahlte Preis wirklich der günstigste ist. Preisgegenüberstellungen mit - zuvor nie oder nie ernsthaft - verlangten eigenen Verkaufspreisen lassen sich schwer beweisen und laden zum Mißbrauch ein. Gegenüberstellungen von Billigpreisen mit Preisempfehlungen des Herstellers untergraben das Vertrauen in den Wert von Markenprodukten. Somit wird auch die mittelständische Konsumgüter-Industrie mitsamt den Arbeitsplätzen dort Opfer des entstellten UWGs. Deutsche Wertarbeit ist eben teurer als Billigprodukte made in china!

- 3.1. Werden Sie den schädlichen Folgen der vollzogenen Liberalisierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb/UWG - z.B. die völlige Freigabe eines letztlich nur verbrauchertäuschenden Rabatt- und Preiswettbewerbs - entgegenwirken, etwa durch ein generelles Verbot von Preisgegenüberstellungen und die Wieder-Einführung verbindlicher Preisempfehlungen = Preisbindung?**

Ende 2004 waren die jetzigen Ladenöffnungszeiten (bald wohl Länderzuständigkeit) montags bis freitags bereits für 26,52 % der Fachhändler zu lang, samstags sogar für 42,42 % (gerade noch in Ordnung montags bis freitags für 70,80 %, samstags für 52,66%). Die Verlängerung der gesetzlichen Öffnungszeiten bringt keinen Mehr-Umsatz. Sie fördert lediglich einseitig sehr zentrale Lagen in den wenigen Oberzentren sowie Standorte auf der 'Grünen Wiese', die beide überwiegend von Filialisten besetzt werden. So verwundert es nicht, daß gerade die Kaufhof AG treibende Kraft bei der Überprüfung der angeblichen Verfassungswidrigkeit des Ladenschlußgesetzes war. Die Karlsruher Richter erkannten jedoch: *„Eine grundsätzlich unbeschränkte Möglichkeit der Ladenöffnung kann zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten kleinerer Geschäfte führen. Insbesondere die inhabergeführten Geschäfte könnten an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten, wenn sie mit großen Verkaufsstellen auch zu ungünstigen Arbeitszeiten in den Abendstunden konkurrieren müßten.“*, Az.: 1 BvR 636/02.

- 3.2. Werden Sie , insbesondere vor dem Hintergrund der kontraproduktiven Beschäftigungswirkung, von jeglicher Erweiterung der im Gesetz verankerten Ladenöffnungszeiten Abstand nehmen?**

Sicherung des fairen Wettbewerbs – im Handwerk

Der Meisterbrief ist nicht nur ein Merkmal fachlicher Qualität, sondern auch unternehmerischen Könnens. Schließlich werden auf der Meisterschule auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse vertieft. Ergebnis ist eine wesentlich geringere Insolvenzquote von Existenzgründern in den ersten Jahren als in anderen Bereichen der Wirtschaft. Das bedeutet auch sichere Arbeitsplätze, die im Meister-Handwerk geschaffen werden. Diese treten in einigen Gewerken in Konkurrenz zu Wettbewerbern, die die fehlende Meister-Qualifikation nicht selten mit preislichen Vorteilen für den Besteller auszugleichen versuchen. Das Ergebnis ist ein wachsender Preiskampf, der die Arbeitsplätze in den gewachsenen Meisterbetrieben gefährdet. Hinzu kommt, daß viele handwerkliche Existenzgründungen in Form der Ich-AG geschehen, bei denen Experten ohnehin davon ausgehen, daß ein Großteil dieser Selbständigen nicht mehr Türen und Fenster, sondern die Segel streichen, sobald die Förderung ausgelaufen ist.

3.3. Werden Sie an dem Meisterbrief in den verbliebenen Gewerken festhalten?

Insbesondere im Handwerk sind zudem negative Folgen aus dem Herkunftslandprinzip zu erwarten, das der EU-Dienstleistungsrichtlinie zugrunde liegt. Diese soll im 1. Halbjahr 2006 endgültig verabschiedet werden. Verhinderungs- und Kontrollmöglichkeiten des Aufnahme- staates werden stark beschränkt. Sie sollen wegen der fehlenden Mitführungspflicht von Unterlagen mit Abfragesystemen bei den Behörden im Herkunftsland erfolgen. Angesichts der europäischen Sprachenvielfalt wird das kaum verwaltungspraktikabel sein.

3.4. Werden Sie für den Erhalt qualitativ hoher handwerklicher Leistungen, die letztendlich dem Verbraucher zugute kommen, eintreten und die Gefahren durch Anbieter aus anderen EU-Mitgliedstaaten eindämmen, die keine den deutschen Meisterbetrieben vergleichbare Qualifikation aufweisen und durch ihr Hinzutreten in den deutschen Markt die Existenz deutscher Meisterbetriebe inklusive der Arbeitsplätze schlimmstenfalls vernichten?

Exkurs: Bürokratievereinfachung

Positiv an der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist hingegen die Verpflichtung, daß Unternehmer beim Tätigwerden in einem anderen EU-Mitgliedstaat alle notwendigen Genehmigungen von einem einheitlichen Ansprechpartner erhalten sollen. Dies gilt zunächst nur für EU-Ausländer, wäre aber auch für deutsche Unternehmer eine erhebliche Vereinfachung gegenüber dem bürokratischen Orientierungslauf, der ihnen bislang zugemutet wird.

3.5. Werden Sie sich einsetzen, das System der einheitlichen Ansprechpartner auch deutschen Unternehmern zugänglich zu machen - auch denen in Bereichen, die von der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht unmittelbar erfaßt sind?

4. Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Innenstadt

Aufgrund der bundesweit großzügigen Genehmigungspraxis, vor den Toren nahezu jeder noch so kleinen Ortschaft Discounter und anderen großflächigen Einzelhandel zuzulassen, sind in den letzten Jahren nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Mittelstand verloren gegangen, sondern ist auch die Attraktivität der Städte und die Lebensqualität ihrer Bürger gesunken. Dabei werden den Ansiedlungen auf der Grünen Wiese zumeist erhebliche Vorteile geboten wie etwa zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen, um die Erreichbarkeit der Standorte außerhalb der Gemeinde zu verbessern, und die Schaffung ausreichenden Parkraums, während in innerstädtischen Lagen durch Verkehrsberuhigungen die Anfahrt der Kunden fast unmöglich gemacht wird. So beobachten in der 'markt intern'-Umfrage 'Stirbt die Stadt?' 78,02% der befragten Händler ein Abwandern der Kunden auf die Grüne Wiese. 92,88% stellen eine Verschlechterung der Bedingungen an ihrem Standort fest, was sich vor allem in der Abnahme inhabergeführter Fachgeschäfte (96,60%) und in der Erhöhung der Leerstände (94,40%) zeigt. Diese Entwicklung ist insbesondere vor dem Hintergrund bedenklich, daß die Ansiedlungen auf der Grünen Wiese vielfach den leider in der Regel nicht verbindlichen Regionalen Einzelhandelskonzepten, auch den Raumordnungsprogrammen der Länder widersprechen. Nicht selten tragen die Länder selber mit allzu großzügiger Genehmigung von Ausnahmen dazu bei.

4.1. Wie sichern Sie das Fortbestehen bzw. Wiedererstarben lebendiger Stadtzentren vor den innenstadtschädlichen Ansiedlungen und Ansiedlungswünschen großflächigen Einzelhandels auf der Grünen Wiese?

Hinzu kommt, daß auf der Grünen Wiese ansässige Lebensmitteldiscounter vermehrt mit Aktionsware werben. Dabei handelt es sich nicht selten um solche Produkte, die an diesen Standorten nach den oben genannten Rahmenvorschriften gar nicht (in diesem Umfang) angeboten werden dürfen und von denen aber nicht selten in kürzester Zeit erhebliche Mengen umgesetzt werden.

4.2. Wie garantieren Sie die Einhaltung der Sortimentsbeschränkungen, wie es etwa durch das generelle Untersagen des Verkaufs branchenfremder Produkte in Einzelhandelsniederlassungen auf der Grünen Wiese denkbar ist?

Der Hauptvorwurf ist aber großenwahnsinnigen Stadtvätern zu machen, die sich über die oben genannten Absprachen und Vorgaben hinwegsetzen und nur allzu oft ungeschoren davonkommen - und sogar anschließend Fördergelder des Landes zur Belebung der durch eigenes Verschulden verödenen Innenstadt erhalten.

4.3. Wie werden Sie Gemeinden disziplinieren, die großflächigen Einzelhandel entgegen der landesplanerischen Vorgaben auf der Grünen Wiese ansiedeln?

5. Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Mittelstand

Arbeitsplätze entstehen im Mittelstand - oder gar nicht. Doch Unternehmer, die die zeitaufwendigen Personalaufgaben neben ihrer täglichen Arbeit leisten, werden durch ein Gestrüpp wildwuchernder Regelungen dabei behindert. Ganz zu schweigen von dem Fall, daß sie wirklich einem Mitarbeiter kündigen müssen. Der Mittelständler kennt den Mitarbeiter häufig persönlich und arbeitet mit ihm im wahrsten Sinne des Wortes Hand in Hand und Seite an Seite. Dies ist der beste Kündigungsschutz. Gerade im Mittelstand werden Mitarbeiter daher auch bei extrem angespannten wirtschaftlichen Verhältnissen sehr oft weiter beschäftigt.

Der nahezu unüberschaubare Wust an Kündigungsschutz-Vorschriften und -Rechtsprechung führt im (seltenen) Falle einer Kündigung jedoch gerade bei Mittelständlern dann dazu, daß diese formale Fehler begehen, die hohe Folgekosten und arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen nach sich ziehen. Dies führt bei wirtschaftlich schwachen Betrieben zu einer Gefährdung weiterer Arbeitsplätze und des gesamten Betriebs. Die Job-Maschine Mittelstand muß wieder auf Touren kommen.

- 5.1. Werden Sie deshalb dafür eintreten, die Flut von Arbeits(schutz)gesetzen, wie z.B. Mitbestimmungs-, Arbeitszeit-, Teilzeit- und Befristungsgesetz, für Betriebe bis 50 Beschäftigte radikal einzuschränken?**
- 5.2. Unterstützen Sie die Ausweitung der sogenannten 'Kleinbetriebsklausel' mit einfacheren Regeln des Kündigungsschutzes auf Betriebe bis zu 20 Beschäftigten?**
- 5.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, bei der Neuordnung der Arbeitnehmerüberlassung auf die bürokratische und undurchschaubare 'Scheinselbständigkeit Regelung', die den auftraggebenden Unternehmer belastet, zu verzichten?**
- 5.4. Muß die Abgabenbelastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen Ihrer Ansicht nach in der anstehenden Legislaturperiode gesenkt werden und, wenn ja, wie?**

Als weiteres Beschäftigungshindernis droht das Anti-Diskriminierungsgesetz in einer über die europäischen Vorgaben noch herausgehenden Fassung. Lange Aufbewahrungsfristen führen zu einer aufwendigen Aktenverwaltung. Erfahrungen in Schweden zeigen zudem, daß seit Umsetzung der EU-Vorgaben vielfach vorsorglich erst keine Kandidaten aus Bevölkerungsgruppen zum Vorstellungsgespräch eingeladen, bei denen der Unternehmer damit rechnen muß, daß sie im Falle einer negativen Entscheidung Ansprüche aus Diskriminierung herleiten.

- 5.5. Wie werden Sie gewährleisten, daß das Anti-Diskriminierungsgesetz nicht zu bürokratischer Mehrbelastung und zu einer Überforderung mittelständischer Unternehmer mit der Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche führt?**

6. Zwangsmitgliedschaften

Johannes Kahrs, Bundestags-Abgeordneter der SPD, ist Motor innerhalb des Seeheimer Kreises zur Abschaffung des Kammerzwangs. Ein entsprechender Gesetzentwurf sieht eine privatrechtliche Struktur der Industrie- und Handels(zwangs)kammern vor. Mit dem angekündigten Ende der IHK-Zwangsmitgliedschaft greift der Seeheimer Kreis eine Forderung von 99,3% der mittelständischen Unternehmer auf. 99% von ihnen sind überdies mit der Interessenvertretung durch die IH(Z)Kn und deren Dachorganisation DIHK unzufrieden. 51,3% stellten seit der letzten Umfrage 1997 eine Verschlechterung deren Arbeit fest, nur 1,4% eine Verbesserung.

6.1. Unterstützen Sie diese oder andere Initiativen zur Abschaffung des Kammerzwangs und welche sind dabei Ihre treibenden Beweggründe?

Eine weitere Zwangsmitgliedschaft, die für sehr viel Unmut in der Unternehmerschaft sorgt, ist die feste Zugehörigkeit zu einer – je nach Branche – bestimmten Berufsgenossenschaft. Durch diese starre Zuordnung ist jeglicher Wettbewerb ausgeschlossen..

Das Land Niedersachsen hatte eine Initiative in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, daß ein Unternehmen die Berufsgenossenschaft je nach ihrer Leistungsstärke frei wählen kann. Diesen positiven Ansatz denkt 'markt intern' noch einen Schritt weiter: Letztendlich der ideale Zustand, wäre eine Versicherungspflicht der Unternehmen, wobei nicht nur Berufsgenossenschaften, sondern auch private Versicherungen als gleichberechtigte Anbieter um die Firmenkunden werben.

Zudem widersprechen die Anordnungen der Berufsgenossenschaften zum Teil denen der Gewerbeaufsichtsämter. Während die Berufsgenossenschaft etwa einen glatten Boden als unfallträchtig ansieht, mahnt das Gewerbeaufsichtsamt den darauf angerauten Boden in beispielsweise einer Bäckerei mit dem Hinweis auf mangelnde Hygiene an, denn da könne sich Mehl ansammeln. Ein weiterer Ansatz der besagten niedersächsische Initiative war, daß die hoheitlichen Kompetenzen künftig allein bei den Gewerbeaufsichtsämtern liegen.

6.2. Werden Sie sich für mehr Wettbewerb der Berufsgenossenschaften untereinander sowie durch das mögliche Hinzutreten privater Anbieter stark machen (Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung) und was ist hinsichtlich Ihrer Entscheidung die maßgebliche Motivation?

6.3. Wie werden Sie - quasi als Soforthilfe und ersten Schritt - das Problem sich widersprechender Anordnungen von Berufsgenossenschaften auf der einen und etwa Gewerbeaufsichtsämtern auf der anderen Seite lösen?